

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

20 Jahre Neubildung des Freistaats Thüringen - Bilanz, Probleme und Perspektiven

1. Der Thüringer Landtag fordert die Landesregierung auf zu berichten, welche Entwicklung der Freistaat in den zurückliegenden Jahren genommen hat. Dabei soll sie insbesondere auf folgende Aspekte eingehen:
 - wirtschaftliche Bilanz und Entwicklung,
 - Entwicklung der Einkommen und Löhne im Freistaat,
 - Gesundheitsversorgung,
 - demographische Entwicklung sowie Zu- und Abwanderung,
 - bildungspolitische Aspekte (Kita, Schulen, Hochschulen, Forschung),
 - kulturelle Entwicklung,
 - Entwicklung der Demokratie und direktdemokratischer Mitbestimmungsformen,
 - Entwicklungen im kommunalen Bereich,
 - Notwendigkeit der Überprüfung der Verwaltungsstrukturen,
 - Entwicklung des ländlichen Raumes und der so genannten "Leuchttürme",
 - Situation auf dem Umweltgebiet,
 - Sicherheit im Freistaat, insbesondere auch die Bekämpfung des Rechtsextremismus,
 - Zustrom und Integration von Asylbewerbern,
 - Finanzsituation des Freistaats und der Kommunen sowie die
 - Veränderungen bei den Eigentums-, privaten und öffentlichen Vermögensverhältnissen sowie Einschätzung des regionalen Kapitalstocks.

2. Der Thüringer Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf zu berichten, welche Vorstellungen und Zukunftsperspektiven seitens der Landesregierung für die nächsten Jahre für den Freistaat und seine Bewohner verfolgt werden. Dabei soll sie insbesondere auf folgende Aspekte eingehen:
 - Situation der Rentnerinnen und Rentner,
 - gesundheitliche und medizinische Versorgung,
 - Bevölkerungsentwicklung in Thüringen,
 - Strukturen und Leistungen der Jugendhilfe,
 - Zukunft des längeren gemeinsamen Lernens an Thüringer Schulen,
 - langfristige Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen,
 - Stand, Erhaltung und zukünftige Entwicklung auf dem Gebiet der Denkmalpflege,

- Zukunft der Theater- und Orchesterlandschaft,
- Entwicklung auf dem Gebiet der existenzsichernden Arbeitsplätze,
- die Einführung von flächendeckenden, existenzsichernden Mindestlöhnen,
- der Förderung neuer Wirtschaftsbranchen,
- die Einführung weiterer direktdemokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten,
- Integration der Altkreise (Artern und Altenburg) in den Freistaat Thüringen und langfristige Schwerpunkte auf den Gebieten Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform sowie Wasser/Abwasser,
- Entwicklung der inneren Sicherheit und Bekämpfung des Rechtsextremismus,
- Zuwanderung von nichtdeutschen Bürgerinnen und Bürgern und deren Integration, die langfristige Strategie zum Abbau der Staatsverschuldung von Land und Kommunen,
- Verschuldungsgrad der privaten und öffentlichen Haushalte sowie der Wirtschaft,
- Klärung noch offener Eigentums- und Besitzverhältnisse (z. B. Erholungsgrundstücke auf fremdem Grund und Boden).

Begründung:

Vor zwanzig Jahren, am 14. Oktober 1990, kam es zur Neubildung des Landes, 1993 gab man sich den Namen Freistaat, im folgenden Jahr 1994 per Volksentscheid auch eine Verfassung. Dabei entstand unter Einbeziehung verschiedener Landkreise auch das heutige politische Gebilde. Zwanzig Jahre nach diesem historischen Ereignis ist es an der Zeit Bilanz zu ziehen, erfolgreiche Entwicklungen zu benennen, aber auch die Probleme nüchtern zu analysieren und Perspektiven aufzuzeigen. Ist die Integration aller Teile des Landes gelungen? Wie geht es den Thüringern, wie zufrieden sind sie mit den Zuständen im Land. Dabei geht es nicht nur um die "thüringeninternen" Aspekte, sondern auch um die Stellung des Freistaats im Vergleich mit den anderen Bundesländern. Umfragen ergeben immer noch reale und gefühlte Ungleichbehandlungen, auch diese sind ein Seismograph für den Zustand unseres Gemeinwesens. Zwanzig Jahre nach der Gründung des Landes ist es an der Zeit, durch die Landesregierung einen Bericht zum Zustand und zur Zukunft des Freistaats abzugeben.

Für die Fraktion:

Ramelow